



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/171 - 28. 7. 1956

Hinweise
aus dem Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 826 890

Wir klagen an	S. 1
Betrachtungen eines schwedischen Sozialdemokraten	S. 3
Der Schichtunterricht in den Schulen - Nachteil für Kinder und Lehrer	S. 5
Zur Frage der Wehrpflicht - Eine katholische Stimme	S. 6

Der Fall Hamann

sp. Im sowjetzonalen Zuchthaus Brandenburg sitzt seit Jahren ein Mann, an dem alle Amnestien der Pankower Regierung vorübergehen, ohne ihn zu erfassen. Er ist ein "Politischer", und sogar ein sehr prominenter Häftling: Bis zum Dezember 1952 stand sein Name in der Kabinettsliste der ersten Regierung Grotewohl, später fand er in der Zonenpresse stets dann Erwähnung, wenn man das Gespenst des Klassenfeindes an die Wand malte, der sich bis in höchste Regierungsämter einschliche.

Zur gleichen Zeit wartet in einem Frauenzuchthaus die Tochter dieses Mannes, ob nicht ein günstiges Geschick ihr Freiheit und Leben zurückgebe. Als man sie seinerzeit abholte, war sie Studentin, als man sie verurteilte, bestrafte man sie für ihr "Verbrechen", Tochter ihres Vaters zu sein. "Das reicht", sagte die Benjamin, die das Urteil in geheimem Verfahren verkündete: Zahn Jahre Zuchthaus.

Wer ist nun dieser Mann, der so gefährlich für Pankow zu sein scheint, daß allein eine Verwandtschaft mit ihm strafbar ist? Sein Name: Dr. Karl Hamann, ehemals Vorsitzender der LDP und Minister für Versorgung der "DDR". Damit ist jedoch wenig gesagt, man muß seinen Weg, seine Vergangenheit kennen, um der Tragik seines Geschicks nachspüren zu können.

Er war Sozialdemokrat

Was keinem Berichterstatter bei seiner damaligen Verhaftung und Verurteilung aufgefallen ist, war dennoch Hauptursache für seinen Untergang: Hamann war alter Sozialdemokrat, der in der Weimarer Zeit gegen Unfreiheit und Extremismus von links und rechts aktiv gekämpft hatte. Nach 1945 stieg er nicht direkt in die Politik ein, sondern wartete zunächst ab. Als er sah, wie die Sozialdemokratie in der Zone zerschlagen und in die Illegalität getrieben wurde, beschloß er dennoch, seinen Landsleuten in der Zone zu dienen. Seiner Auffassung nach konnte das nur in Reihen

28. 7. 1956

- 2 -

einer Partei geschehen, die unabhängig von der SED war. So kam er zur LDP in der er sich rasch emporarbeitete. In einem unaufhörlichen Beschluß, dem er durch Ulbrichts Gruppe ausgesetzt war, versuchte er, der LDP Bewegungsfreiheit zu erhalten und sie zum Gegengewicht der SED auszubauen. Semjonow, der damalige sowjetische Hochkommissar der Zone, schrieb ihm große Fähigkeiten und großen Anhang zu. Er wurde in die Regierung Grotewohl eingebaut, um ihn entweder zu korrumpieren oder zu vernichten, wie es die Verhältnisse ergeben sollten.

Dr. Hamann ließ sich nicht korrumpieren. Als Versorgungsminister hatte er zwar keinen realen Einfluß auf die Belieferung der Bevölkerung: Landwirtschaft, Industrieproduktion, Handel und Importe wurden von linientreuen Ministern geleitet und in das heute noch andauernde Chaos gestürzt das die Zone stets am Rande des Hungers und des Bankrotts dahintreiben läßt. Aber er konnte dennoch die Rolle eines Mahners im Kabinett spielen, der immer wieder vor den Folgen der Sowjetisierung warnte, die ein System des organisierten Mangels, der organisierten Massenarmut zeitigt. Unbestechlich und aufrecht stand er isoliert in einem Kabinett von Ja-Sagern, das Befehle Stalins, übermittelt durch Ulbricht, ausführte ohne Rücksicht auf die Folgen für 17 Millionen Deutsche. Das brach ihm das Genick.

Zwei Jahre im Verhör

Im Dezember 1952 führten sie den Schlag, der den Einsamen fällte. Sie verschleppte ihn über Nacht. Eine spärliche Meldung besagte, er habe die "Versorgung sabotiert" und sei schuld am Hunger der Zone der angeblich Schuldige verschwand im Kerker, aber der Hunger blieb im Lande. Eigentlich wäre dies das beste Alibi für den Verhafteten gewesen, aber es ging um anderes.

Zwei Jahre lang versuchten ihn die Schergen Ulbrichts reif zu machen für einen Schauprozeß: Folter, Hunger, Schlaflosigkeit - er kostete alle Stufen einer Hölle durch, die schlimmer ist als das, was Dante in seinem Inferno erträumte. Aber er blieb standhaft. So machten sie ihm 1954 den Administrativprozeß mit der Benjamin als "Beobachter". Der "verbrecherische" Tatbestand: Sozialdemokratismus. Das Urteil: Zehn Jahre Zuchthaus.

Wie die Decke eines Grabes schließen ihn die Zuchthausmauern von der Öffentlichkeit ab. Hamann kann nicht mehr reden, kann nicht mehr sagen, daß er unschuldig ist und nur das Beste für sein Volk wollte. Er kann auch nicht sagen, daß seine Tochter an allem völlig unbeteiligt war daß sie lediglich studierte, ohne schon in diesen Jahren politisch zu

wirken. Hamann wurde stumm gemacht. Aber reden wir für ihn: Sein Schicksal steht für viele, für Sozialisten und Demokraten, es klagt Pankow und sein Regime an!

Nach dem Wohlfahrtsstaat

K.St. Das ist der Titel einer Schrift von 80 Seiten, die aus der Feder des nun 75 Jahre alten schwedischen Sozialdemokraten Ernst Wigföres stammt der zu den Architekten und Baumeistern des in der Welt soviel bewunderter Wohlfahrtsstaates seines Landes gehört.

Fundamental anders als bei uns wuchs da oben im Norden während der seit Ende 1929 herrschenden internationalen Wirtschaftskrise, die immer deutlicher das Versagen der bestehenden Ordnung offenbarte, statt der Bereitschaft zu katastrophalen Diktaturexperimenten genau umgekehrt die Bereitschaft zu einem vernünftigen Umbau der Gesellschaft im Geiste und unter der Führung der völlig eindeutig auf dem Boden des Parlamentarismus stehender Sozialdemokratie.

So kam diese Partei 1932 an die Macht, und damit begann die Schaffung des schwedischen Wohlfahrtsstaates, die untrennbar mit dem Namen Ernst Wigföres verbunden ist. Ihm wurde 1932 der für dieses Erneuerungswerk ganz besonders wichtige Posten des Finanzministers übertragen, und erst nach dem Kriege schied dieser zielbewusste, humanistische Sozialreformer aus der Regierung aus.

Als pensionierter Beamter schrieb er seine Lebenserinnerungen, eine Studie über "Sozialismus in unserer Zeit" und zahlreiche Artikel, von denen einige zu der eingangs erwähnten Schrift zusammengestellt wurden, die kürzlich in Schweden in der Sprache dieses Landes erschien.

"Der Wohlfahrtsstaat entspricht offenbar nicht dem, was früher Sozialismus genannt zu werden pflegte. Aber ebenso offenbar ist er etwas ganz anderes als der Kapitalismus, gegen den die Sozialisten Aufbruch machen wollten", schreibt Wigföres durchaus richtig. Der Wohlfahrtsstaats hat nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben, sondern nur auf mannigfaltige Weise die Verfügungsgewalt darüber eingeschränkt, durch Investitionskontrolle, Preispolitik, Exportpolitik, Steuerpolitik, Sozialpolitik und vieles andere. Es ist daher vollauf motiviert, wenn Wigföres sagt, daß die Großunternehmen "keine Privatunternehmen mehr im üblichen Sinne" sind. Streiten läßt sich nur über seine daraus gezogene Schlußfolgerung, daß "sie in Wirklichkeit schon Unternehmen der Gesellschaft" sind, also des ganzen Volkes.

28. 7. 1956

- 4 -

Auch durch seine Politik der Vollbeschäftigung unterscheidet sich der Wohlfahrtsstaat grundlegend vom Kapitalismus, betont Wigforss wiederholt. Auf Seite 29 schreibt er, daß es sicher verlockend wäre, zu erklären: Ein Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit, das ist kein Kapitalismus. Dieser Schwede kennt Marx, er berief sich aber nicht auf dessen Urteil, nach dem die industrielle Reservearmee zu den Existenzbedingungen des Kapitalismus gehörte.

Der Verfasser ist offensichtlich zumindest sehr geneigt, die gleich im ersten Kapitel seiner Publikation aufgeworfene Frage: Ist der Wohlfahrtsstaat Sozialismus? zu bejahen. Diese Frage ist der Titel einer 1955 erschienenen und gegen die "selbstzufriedene" Führung der Labour Party gerichtete Schrift von C.D.E. Cola, dem hervorragenden und verdienstvollen englischen Vertreter des Sozialismus, der sie entschieden verneint. Wigforss zitiert diese Schrift oft und kommt auf Cola immer wieder zurück. Dieser Brite ist für ihn die repräsentative Figur für das, "was früher Sozialismus genannt zu werden pflegte", der qualifizierteste Verteidiger der besten Version dieses Sozialismus, die Wigforss jedoch auch für höchst problematisch hält, für unreal und sogar für gefährlich.

Das Nein von Cola ist "so energisch und kategorisch wie nur möglich" und er bezweifelt sogar stark, ob der Wohlfahrtsstaat wenigstens ein Schritt auf dem Wege des Sozialismus sei, teilt Wigforss seinen schwedischen Lesern mit. Trotzdem halte Cola es aber für selbstverständlich, daß in den Sozialismus auch der Wohlfahrtsstaat eingehen müsse.

Logischerweise kann er damit jedoch nur gewisse seiner Errungenschaften gemeint haben, weil nämlich für ihn in völliger Übereinstimmung mit Karl Marx der Sozialismus nichts Geringeres ist als eine "Gesellschaft ohne Klassen", die nach Karl Marx ganz folgerichtig auch eine Gesellschaft ohne Staat ist; folgerichtig auch deshalb, weil sie sich mit der Existenz einer solchen Apparatur natürlich nicht vereinbaren ließe, und das übrigens heute weniger als jemals zuvor.

Was aber spricht für die Möglichkeit einer Gesellschaft ohne Staat? Gibt es auch nur einen ganz kleinen Wahrscheinlichkeitsbeweis dafür, daß diese Apparatur einmal absterben könnte? Seit Marx ist sie jedenfalls so sehr gewachsen, daß sie in der Lage war, seine Revolutionstheorie ad absurdum zu führen.

Nicht nur für Wigforss, aber natürlich auch für ihn, steht es fest, daß wir nur zu wählen haben zwischen einer Gesellschaft mit viel oder wenig Staat, um es auf eine einfache Formel zu bringen. Und der alte,

erfahrene Mann da oben im Norden befürchtet sehr, daß der Versuch, eine Gesellschaft ohne Klassen und damit ohne Staat zu schaffen, d.h. den Sozialismus in der Version von Markl Marx zu verwirklichen, ungeachtet des Willens seiner Träger und Erfinderer zu einer Gesellschaft mit unheimlich viel Staat führen könnte. Er glaubt daher nicht, daß eine Zeit mit mehr Glück beginnen würde, wenn der Wohlfahrtsstaat von "links" her gesprengt werden sollte. Er hält es auf jeden Fall für ein großes Wagnis, über seinen Rahmen hinauszugehen. Was nach ihm kommt, ist nach seiner Überzeugung zumindest höchst ungewiß.

Die Schulen ohne "deutsches Wunder"

- tz., Stuttgart

80 000 Schulkinder, von denen die Hälfte Volksschüler sind, haben allein in Baden-Württemberg auch zehn Jahre nach Kriegsende immer noch die Nachteile des Schichtunterrichts zu tragen. 670 neue Schulräume, der Bau 47 Millionen D-Mark kosten würde, wären notwendig, um sowohl die pädagogischen Nachteile als auch die Störungen der Gesundheit der Kinder und des Familienlebens zu beseitigen, die aus dem Schichtunterricht entstehen.

Sozialdemokratischer Initiative ist das von der baden-württembergischen Regierung beschlossene Programm zur Beseitigung des Schichtunterrichts zu verdanken, dem der Kulturpolitische Ausschuß des Landtages bereits seine Zustimmung gegeben hat. Danach sollen in den nächsten beiden Jahren die vom Land für Schulbauten jeweils vorgesehenen 16,5 Millionen D-Mark um drei Millionen Mark aufgestockt werden, die als Baukostenzuschuß zur Beseitigung des Schichtunterrichts an bedürftige Gemeinden gegeben werden sollen. Schulträger mit eigener ausreichender Finanzkraft erhalten dagegen keine zusätzliche staatliche Hilfe.

Der Ausschuß, der den Schichtunterricht in zweieinhalb Jahren beseitigt haben will, setzte sich ferner für verbilligte Kredite an die Gemeinden ein (da sie die zur Zeit üblichen hohen Zinsen für Bankkredite kaum zahlen können) und regte auch schulorganisatorische Maßnahmen an, um geordnete Unterrichtsverhältnisse zu schaffen. Ein besonderes Schulbaugesetz, das gegenwärtig vom baden-württembergischen Kultusministerium vorbereitet wird, soll die Höhe der staatlichen Zuschüsse für alle Schulbauten generell festsetzen. Nicht zuletzt gab der Ausschuß der Regierung die Empfehlung, alles zu versuchen, um auch den Bund zur Bereitstellung

von Mitteln für den Schulhausbau zu bewegen.

Die Tatsache, daß in Bundesgebiet noch zwischen 40 000 und 50 000 Klassen- und Unterrichtsräume fehlen, veranlaßte den Bundestag, in seiner kulturpolitischen Debatte von einem nationalen Notstand zu sprechen. Das "deutsche Wunder" ist an den deutschen Schulen vorübergegangen. Das Rückzugsgefecht der Bundesregierung hinter die Barrikaden des Grundgesetzes, durch das sie einer Bundeshilfe für den Schulhausbau aus dem Weg gehen will, ist nicht aufrichtig. Es gibt genug Möglichkeiten, um den Ländern bei der Erfüllung ihrer Kulturaufgaben zu helfen, ohne dabei die föderalistische Struktur des Bundes zu gefährden.

Staatsbürgerliche Verantwortung - nicht konfessionell gebunden

Mitte Juli verschickte der Kaplan F. Urfey an seine Gemeinde im kath. Pfarramt St. Nikolaus, Bonn-Kessenich, sein Mitteilungsblatt. Die Wehrdebatte erläuterte und würdigte der Kaplan seinen Pfarrkindern durch einen Brief, in dem es unter anderem heißt:

"Noch alle werdet ihr sicher an die große Auseinandersetzung denken, als es um die Wehrgesetzgebung ging. Wie sehr standen die Vertreter des Volkes noch unter den Schrecken der vergangenen Jahre! Gar keine Spur von Begeisterung oder wildem Militarismus! Wohl Einsicht in die Notwendigkeit einer Sicherung des Staatsbürgers gegen Übergriffe des Staates, Schonung des Gewissens und Respektierung der Menschenwürde! Wie gewissenhaft die Abgeordneten in allen Fragen Klarheit suchten, erkollt allein aus der Tatsache, daß Vertreter der beiden Konfessionen geladen waren und den Abgeordneten mit Rat und Tat zur Seite standen. Von katholischer Seite waren es Prälat Böhler und Pater Dr. Hirschmann S.J.

In der jungen Geschichte des Bundestages erstrahlte die staatsbürgerliche Verantwortung des Katholiken im hellsten Lichte".

So verdienstvoll das Bemühen dieses katholischen Geistlichen ist, Verständnis für die schwierige Aufgabe der Parlamentarier zu erwecken, so hat diese Debatte doch ihre gravierendsten Momente durch die Kehrseite dieser Medaille empfangen.

Es mag sein, daß die staatsbürgerliche Verantwortung der Katholiken an jenem Tag im Parlament noch nie so hell erstrahlte - aber diese Feststellung wird für die Synodalen der Evangelischen Kirche einen bitteren Akzent haben. Denn sie waren ja wegen ihres Gewissens nach Bonn gekommen um den Abgeordneten ihre staatsbürgerliche Verantwortung noch schwerer zu machen. Die Debatte ließ deutlich werden, wie sehr die Mehrheit des Bundestages diesen ernststen Auftrag begatelligierte oder gar ignorierte.

Immerhin repräsentiert die Evangelische Kirche einen Großteil unserer Bevölkerung. Bei der Zuspitzung dieser unerfreulichen Sache in den letzten Tagen werden derartige Formulierungen nur zur Verhärtung führen.

Nicht ganz zu Unrecht können die Protestanten dem Satz "Es erstrahlte die staatsbürgerliche Verantwortung der Katholiken in hellstem Lichte" als Ergänzung hinzufügen "unser Licht wurde unter den Scheffel gestellt".